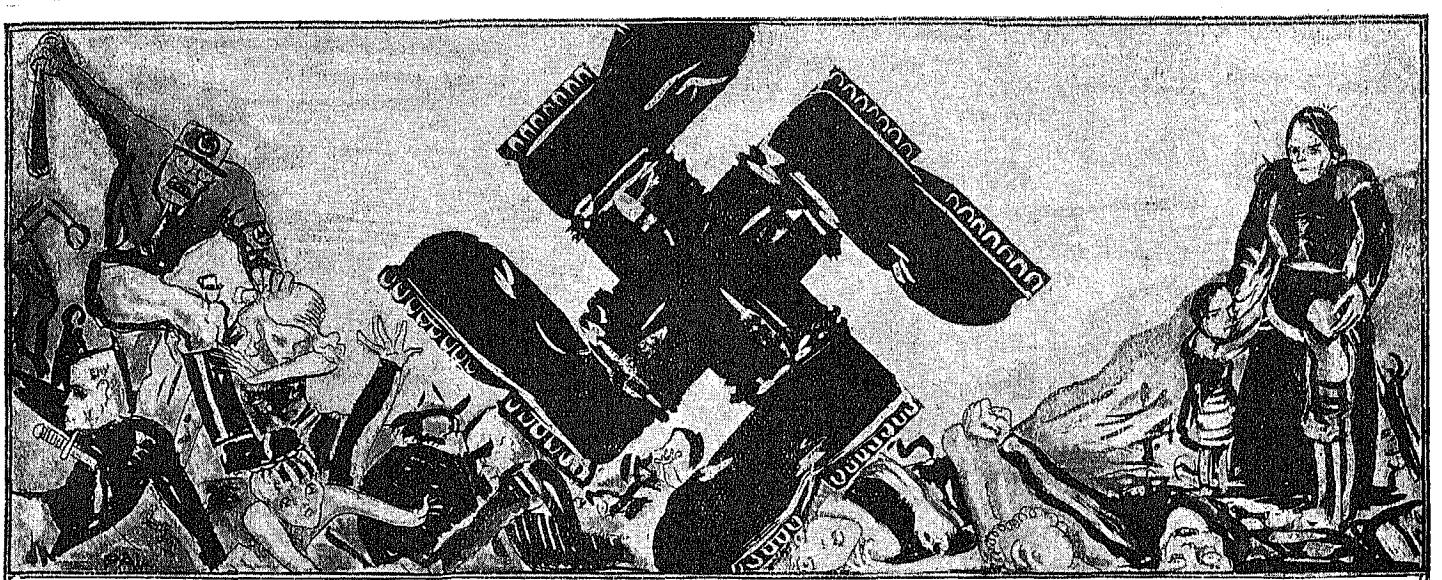

HAKENKREUZ ÜBER DEUTSCHLAND

Amsterdam

Nr. 4

15 000 neue Pöstchen. Das Ende der Konsumvereine.

(ITF) In ihrem Parteiprogramm haben die Nationalsozialisten dem Mittelstand "sofortige Kommunalisierung der Warenhäuser" versprochen. Aber weder "sofort", noch nach 7 Monaten Hitlerregierung ist die Nazi-Regierung an die Durchführung ihres Versprechens gegangen. Im Gegenteil: in den Aufsichtsräten der Warenhauskonzerne sitzen heute Nationalsozialisten neben leibhaftigen Juden und die "warenhausfeindliche" Reichsregierung gab dem Tietzkonzern einen Millionenkredit.

Die nationalsozialistischen Agitatoren hatten den Mittelstand in freier Erweiterung des Programms zum "Kampf gegen Warenhaus, Filialgeschäft und Konsumverein" aufgerufen. Die Warenhäuser werden jedoch von der Regierung amtlich geschützt, der nationalsozialistische Boykott gegen die aufgenordeten Konzerne ist im Abflauen und die Leiter der Filialgeschäfte sitzen in der Leitung des (noch nicht endgültig genehmigten" "Handelsstandes", ja sie stellten sich in die erste Reihe des Kampfes gegen die Konsumvereine. Die Kleinhändler fielen prompt auf dieses Ablenkungsmanöver herein, trotzdem gerade die Filialgeschäfte, die an jedermann verkaufen dürfen und nicht wie die deutschen Konsumvereine nur an ihre Mitglieder, eine viel schwerere wirtschaftliche Bedrohung des selbständigen Kleinhandels darstellen. Die aufgepeitschten Kleinhändler forderten Zerschlagung der Konsumvereine.

Der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt jedoch hat sich in aller Schärfe gegen die konsumvereinsfeindlichen Aktionen gewandt. 12-15 Millionen Verbraucher seien in den deutschen Konsumvereinen organisiert, 225 Millionen Mark Spargelder seien bei einer Zerschlagung der Genossenschaften gefährdet, sie könne leicht zu einem Run auch auf die öffentlichen Sparkassen und zu einer neuen Kreditkrise führen. Die Deutsche Arbeitsfront, die systematisch Sozialisten aus den Genossenschaftsbetrieben herausgeworfen und Nationalsozialisten in ihnen untergebracht hatte, musste sich für den Schutz der Arbeitsstätte ihrer Parteigenossen einsetzen. Und schliesslich war das Reich der Hauptgläubiger der Konsumgenossenschaften und fürchtete für sein Geld.

Der "Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand" liess sich jedoch dadurch nicht stören und arbeitete gegen den Willen der Regierung weiter. Die Regierung konnte die fortgesetzten Einzelaktionen und die Agitation des nationalsozialistischen Mittelstandes gegen den nationalsozialistischen Wirtschaftsminister schliesslich nur durch Auflösung des Kampfbundes unterbinden.

Diese Auflösung und der Brief Schmitts werden zu einer grossen Propagandawelle für die "arbeiterfreundliche" Regierung unter der Arbeiterschaft ausgenützt. Doch genau 14 Tage nach dem überschwenglichen Lob der "konsumvereinserhaltenden" Regierung beschloss der "Kleine Arbeitskonvent der Deutschen Arbeitsfront": "Für Zeiten der Not und höchsten Kraftanstrengung der Nation", für Kriegszeiten, braucht der Staat "einen organisierten Verteilerapparat". Deshalb soll der Rahmen der Konsumorganisation erhalten bleiben. Die 15 000 Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften aber werden an bevorzugte nationalsozialistische Händler verpachtet, die damit eine Existenzsicherung erhalten; denn ein Austritt aus den gleichgeschalteten Genossenschaften wird schwer bestraft. Der Händlergewinn, der einst den Verbrauchern zugute kam, fliesst jetzt in die Tasche der 15 000 Nationalsozialisten. Da die Pächter verpflichtet werden sollen, ihre Waren bei der Zentralgenossenschaft GEG zu beziehen, sind zwar die Spargelder der Mitglieder gesichert, mit der Auslieferung der 15 000 Warenverteilungsstellen an geschworene Konsumvereinsfeinde sind die Selbsthilfeorganisationen der deutschen Arbeiterschaft jedoch praktisch zerschlagen.

"In Kürze" soll mit dieser Zerschlagung bei den einzelnen Konsumvereinen begonnen werden. Der Nürnberger Kongress der NSDAP hat diese Massnahme ausdrücklich bestätigt. Die Nationalsozialisten schützen das Warenhauskapital, aber enteignen das Kollektiveigentum der Arbeiterschaft.

Die sogenannten Erfolge der deutschen Arbeitsschlacht.

(ITF) Die gleichgeschaltete "Frankfurter Zeitung" meldet aus Berlin am 4. September:

> "Aus einem Runderlass des preussischen Ministers des Innern an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten teilt der "Amtliche Preussische Pressedienst" folgendes mit:
> In dem dankenswerten Bestreben, örtliche Bezirke von Arbeitslosen freizumachen, sind in grösserem Umfange Arbeitslose in Betrieben der Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft zusätzlich eingestellt worden. Dieses Verfahren ist neuerdings mehrfach dadurch begünstigt worden, dass Arbeitslosen, die vor der Einstellung Empfänger von Arbeitslosenbeihilfe waren, die ihnen vorher gezahlte Unterstützung ganz oder teilweise durch Vermittlung der Arbeitgeber in Anrechnung auf den Lohn nach der Einstellung in die Betriebe weitergezahlt wurde.
> Dieses Verfahren der Weiterzahlung der Unterstützung nach erfolgter Einstellung der Arbeitslosen ist indessen aus wirtschaftlichen Gründen äusserst bedenklich. Bedeutet es doch die Übernahme eines beträchtlichen Teiles der Löhne der privaten Wirtschaft auf öffentliche Mittel.
> Die Arbeitsämter haben für die Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung mangels einer gesetzlichen Grundlage derartige Unterstützungszahlungen nach erfolgter Einstellung der Arbeitslosen in die Betriebe mit Recht abgelehnt und von den zuständigen Reichsbehörden strenge Weisung erhalten, derartige Zahlungen nach Arbeitsaufnahme in jedem Falle auch in Zukunft zu unterlassen.

Ein gleiches Verhalten gebietet sich für die Gemeinden und Gemeindeverbände hinsichtlich der aus kommunalen Mitteln betreuten Wohlfahrtserwerbslosen schon deshalb, weil eine weitere Zählung der in Arbeit vermittelten Personen als anerkannte Wohlfahrtserwerbslose nicht zulässig ist und ein Ersatz der den Bezirksfürsorgeverbänden aus der Weiterzahlung der Unterstützung bei Arbeitsaufnahme erwachsenen Kosten aus Reichs- und Staatsmitteln keinesfalls erfolgen kann. Eine Ausnahme hiervon gilt lediglich für die in der "Vierten Durchführungsverordnung zur Wohlfahrtshilfeverordnung vom 30. 11. 1932" genannten Fälle und für die sogenannten Landhelfer."

Der "Amtliche Preussische Pressedienst" lüftet mit dieser Verlautbarung selbst den Schleier über die sagenhaften Erfolge der deutschen "Arbeitsschlacht", an die ohnehin niemand glauben kann, der die deutsche Wirtschaftslage auch nur annähernd kennt. Aber es ist doch etwas unvorsichtig, wenn der Amtliche Preussische Pressedienst so offen zugibt, dass es sich bei den in letzter Zeit vorgenommenen Neueinstellungen vielfach nur um Neueinstellungen handelt, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Es wird damit ganz eindeutig die Propaganda Lügen gestraft, die mit riesenhaften Erfolgen der Hitler-Regierung im Kampfe mit der Arbeitslosigkeit prahlte. Wir glauben schon, dass der Bankrott der öffentlichen Kassen diese Subvention und Versorgung der Privatwirtschaft mit billigen Arbeitskräften nicht lange aushält. Hört die Subvention auf, dann fliegen die zusätzlich eingestellten Arbeiter eben wieder aufs Strassenpflaster. Aber wird dann der Ober-Arier und Reichslügenminister Dr. Goebbels zugeben, dass die Zahl der Arbeitslosen wieder steigt? Er wird das ebensowenig tun, wie er und seine Komplizen in der Reichsregierung sich hartnäckig weigern, dem deutschen Volke über die finanzielle und aussenpolitische Lage des Reiches die Wahrheit zu sagen.

Überstunden sollen nicht mehr bezahlt werden.

(ITF) Während die sozialpolitischen Entscheidungen der neben dem Nürnberger Parteitag der NSDAP tagenden sozialpolitischen Kommissionen bis zu ihrer Genehmigung durch die grosskapitalistischen Sachverständigen dieser Arbeiterpartei sorglich geheimgehalten werden, erfährt man aus der nationalsozialistischen Wirtschaftspresse weitere Einzelheiten über die künftige Knechtung der deutschen Arbeiterschaft. In der offiziösen "Braunen Wirtschaftspost" berichtet Dr. Franz Goerrig über das künftige Lohnsystem: der Lohn soll nicht mehr nach der Zahl der Arbeitsstunden berechnet, sondern ein Wochen-Mindestlohn als untere Grenzen festgelegt werden. Natürlich feiert die Nazipresse diesen Wochen-Mindestlohn als eine soziale Errungenschaft. Die "Braune Wirtschaftspost" aber ist so offenherzig mitzuteilen, dass für dieses "Entgegenkommen" "der Arbeitnehmer auf eine kleinliche(!) Arbeitszeitberechnung und Überstundenberechnung verzichten müsse". Der Arbeiter, der einen nach der Normalarbeitszeit berechneten Wochenlohn erhält, soll demnach auf Wunsch des Unternehmers unbezahlte Überstunden leisten.

16-Stundentag mit Feuerwerk.

(ITF) Die Nürnberger Parade der NSDAP, für die insgesamt 22 Millionen Reichsmark verschwendet wurden, brachte als Höhepunkt "das grösste Feuerwerk der Welt". Durch das Knallen der Feuerwerkskörper sollten die Parteitagsbesucher von der Beachtung der sozialen Ausbeutung abgelenkt werden, der die Nürnberger und Fürther Arbeiterschaft in jenen Tagen ausgesetzt war. Für die in Handelsbetrieben und Friseurgeschäften beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge genehmigte der Fürther Magistrat für die 5 Tage vom 31. August bis einschliesslich 4. September durchgehende Öffnungszeiten von 5-21 Uhr. "Ein Beschäftigungszwang

darf auf diese Personen nicht ausgeübt werden", es war nur freiwilliger Zwang erlaubt.

Wir stellen ausdrücklich fest, dass die im deutschen Arbeiterverband der öffentlichen Betriebe zwangsorganisierten Handelsarbeiter und Friseure gegen diese Verdoppelung der Arbeitszeit bei ihrer Organisation keinen Schutz fanden.

Nationalsozialistische Werftarbeiter -- verhaftet!

(ITF) Die Vorsitzenden sämtlicher nationalsozialistischen Betriebszellen der grossen Schiffswerften in Hamburg und Altona wurden auf Veranlassung der Werftdirektoren verhaftet. Die 43 nationalsozialistischen Arbeiter hatten in einer gemeinsamen Denkschrift die Verstaatlichung der Werften gefordert. Die Denkschrift der nationalsozialistischen Betriebsobleute war von der Konferenz der Gross-Hamburger NSBO in den Grundzügen beschlossen und mit Einstimmigkeit angenommen worden. Der Statthalter der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei hat sich diese Denkschrift, die im Grunde nur die Erfüllung nationalsozialistischer Programmforderungen verlangte, nicht nur nicht zu eigen gemacht, sondern zur Beruhigung der Werftgewaltigen die Arbeiter ins Kittchen gesteckt.

Den Unternehmern ein Bündnis angeboten!

(ITF) "Sie, meine Arbeitgeber, befassen Sie sich einsichtigerweise mit der Frage des Bolschewismus, wie es schon viele von Ihnen taten, und es wird Ihnen nicht schwer fallen, den Bund mit den braunen Sozialisten zu schliessen", erklärte der nationalsozialistische Gauleiter der Pfalz in Kaiserslautern am 25. August. Wir meinen es auch.

"Arbeitsbeschaffung" für Denunzianten.

(ITF) Der nationalsozialistische Oberbürgermeister der Stadt Köln, Dr. Riesen, gibt bekannt: "Ich mache daher allen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt Köln zur Pflicht, mir bis 20. August die bei den einzelnen Dienststellen und Betrieben noch Beschäftigten bekanntzugeben, die als politisch unzuverlässig bezeichnet werden müssen." Die "politisch Unzuverlässigen" sollen zuverlässiger SA Platz machen. Auf andere Art vermag das Dritte Reich keine Arbeit zu beschaffen.

Der Terror in den Betrieben.

(ITF) Das Nürnberger nationalsozialistische Parteiorgan meldet aus Erlangen: "Der Autobeifahrer Lorenz K. grüsst heute noch seine marxistischen Genossen mit erhobener Faust. Abgesehen davon, dass ihm dies einmal sehr übel bekommen kann, kann man von dem anständigen Chauffeur nicht verlangen, dass er sich neben einen solchen Moskaujünger setzt. Wir sind überzeugt, dass die Firma Zucker u. Co. die Konsequenzen zieht."

Über dieser Denunziation des amtlichen Organs der "Arbeiterpartei" stand im Fettdruck: "Einer, der seinen Arbeitsplatz einem Würdigeren freimachen sollte."

NSBO ohne Geld.

(ITF) In Nürnberg wurde die NSBO als Betriebsorganisation aufgelöst; sie besteht jetzt nur noch als "Träger der Propaganda" im Rahmen der Arbeitsfront. "Ein besonderer NSBO-Beitrag wird nicht mehr erhoben", erklärt die Amtliche Anordnung. "Die Organisation der NSBO erhält einen vom Schatzmeister der Arbeitsfront (ihrer Konkurrenzorganisation!) festzusetzenden Etat." Damit ist der NSBO jede Möglichkeit selbständiger Wirksamkeit genommen, die Bürokraten der Arbeitsfront kommandieren die sozialrevolutionär empfindende "SA der Betriebe": "Die Aufgaben des Arbeitsschutzes und Arbeitsrechts obliegen den Verbänden der Arbeitsfront. Die NSBO hat sich von diesen Dingen fernzuhalten.(!) Ihr obliegt die Schulung und die Stellung von Führermaterial für die Arbeitsfront."

Die Schulungsarbeit der NSBO stand schon immer unter Kontrolle des Parteiapparates. Nach dem Verbot der finanziellen Selbstverwaltung hofft die Parteileitung auch den Apparat der NSBO---vollständig in der Hand zu haben. Die "Amtswalter" der NSBO werden durch eine neue Besoldungsordnung beruhigt, aber mancher nationalsozialistische Arbeiter wird jetzt aus dem Traum von der "revolutionären NSBO" erwachen.

Der Kampf um die deutschen Seeleute!

(ITF) In der nationalsozialistischen Provinzpresse schreibt ein Herr Horst Millauer: Auf dem grössten deutschen Afrikadampfer, dem 10 000-Tonner "Ubena" wurde Anfang Februar 1933 nach dem Regierungsantritt Hitlers eine Nazizelle gegründet. Die Besatzung des Dampfers zählt 156 Köpfe und in der Zelle sind "bereits" - 43 Leute zusammengefasst. Ein etwas betrübliches Ergebnis! ... Wir wissen, dass ein gewisser Prozentsatz der Seeleute von früher her politisch stark verhetzt ist. Der Journalist hofft, dass die "auf Führerschulen herangebildeten Obleute" einst auch die Seeleute gewinnen werden. Noch aber ist es nicht so weit. "Die NSBO der 'Ubena' setzt sich in der Hauptsache aus dem Bedienungspersonal für die Passagiere, den Stewards, zusammen. Ausserdem sind unter den Mitgliedern ein Offizier, mehrere Heizer, Matrosen, Köche und Techniker." Wie der Zellenleiter berichtete, "sympathisieren ausser den Offizieren besonders die noch nicht in der Zelle organisierten Heizer stark mit der Bewegung." An die Gewinnung der Matrosen wagt der Zellenleiter noch nicht zu denken.

Die NSBO der "Ubena" muss wöchentlich zu einem "Kameradschaftsabend" antreten, die 15 SA-Leute, die dem Hamburger Marinesturm unterstehen, noch zu einem weiteren SA-Abend.

Das grosse Missverständnis.

(ITF) "Heute hat sich längst herausgestellt, dass ein grosses Missverständnis obwaltete. Mehr als die nationalsozialistische Werbung haben die Taten der neuen Regierung die Einsicht geweckt, dass der Sozialismus des Dritten Reiches das gerade Gegenteil von dem ist, was der Marxismus als Sozialismus bezeichnet."

Die Arbeiter haben das längst gemerkt. Doch ist es wertvoll, dass das Organ der deutschen Schwerindustrie, die "Deutsche Bergwerkszeitung", es (am 13. August) noch einmal festlegt: Hitler ist kein Sozialist.